

SP Thurgau

c/o Peter Gubser, Präsident
Sonnenhügelstr. 71
9320 Arbon

Kantonale Steuerverwaltung
Jakob Rütsche
Amtsleiter
Schlossmühlestr. 15
8510 Frauenfeld

Arbon, 12.2.07

Vernehmlassung zur Revision des kantonalen Steuergesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Revision des kantonalen Steuergesetzes. Wir danken auch für die zusätzlich einverlangten Unterlagen.

Grundsätzlich halten wir fest, dass wir einen ruinösen Steuerwettbewerb unter den Kantonen ablehnen. Alle Kantone, auch der Thurgau, sollten Hand bieten zu Vereinbarungen, die Steuerflucht unattraktiv machen.

Einseitige Entlastungen höchster Einkommen lehnen wir entschieden ab. Sie vergrössern die Unterschiede zwischen Arm und Reich und führen zu einer weiteren Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Die vorgeschlagene Änderung des Steuergesetzes umfasst verschiedene Revisionspunkte. Von den finanziellen Auswirkungen von Bedeutung sind die Änderungen bei der Vermögenssteuer. Wir beschränken uns darum auf diese Punkte.

Der Erhöhung der Steuerfreibeträge können wir zustimmen, da davon ein grosser Teil der Steuerpflichtigen profitieren wird. Die daraus resultierenden Steuerausfälle scheinen uns verkraftbar.

Hingegen lehnen wir einen Wechsel vom progressiven zum proportionalen Steuertarif entschieden ab. Er widerspricht dem Verfassungsgrundsatz, wonach die Steuern entsprechend der Leistungsfähigkeit zu entrichten sind.

Ebenso entschieden lehnen wir eine Reduktion der Vermögenssteuersätze ab. Davon würden nur Steuerzahler mit grossen und grössten Vermögen profitieren. Der Mittelstand würde verhältnismässig stärker belastet, was volkswirtschaftlich unerwünscht ist.

Die von der Steuerverwaltung nachgelieferten Unterlagen mit den Vergleichen zu andern Kantonen zeigen, dass der Thurgau bereits heute sehr gut positioniert ist. Für Reinvermögen von 5 bis 25 Mio sind die Vermögenssteuern im Thurgau geringer als in allen Nachbarkantonen. Ein Vergleich mit Kantonen der Innerschweiz ist nicht relevant. Eine Änderung der Tarife drängt sich darum keineswegs auf.

Wir bitten Sie, unsere Einwendungen für die Botschaft des Regierungsrates an den Grossen

Rat zu berücksichtigen. Sollte die Vorlage unverändert dem Parlament vorgelegt werden, werden wir sie im Rat entschieden bekämpfen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die SP Thurgau:

Peter Gubser, Präsident